

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erhebt wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Beifügung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelkirchstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Petitzeile 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreinsendung auf Postfach Nr. 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Arbeitsbeschaffungsprojekte.

Die freien Gewerkschaften erheben seit Jahren Protest gegen eine widerinnige Lohnpolitik der Reichsregierung, die zur völligen Vernichtung der deutschen Wirtschaft führen muß. Die fortgesetzten Lohnsenkungen waren begleitet von einem dauernden Ansteigen der Arbeitslosenziffern. Die freien Gewerkschaften haben sich vor einigen Wochen auf dem Krisenkongreß des ADGB gegen die Gleichgültigkeit gewandt, mit der die Herren der Wirtschaft und die Reichsregierung die Not der Arbeitslosen betrachten und in einer Entschleunigung ernsthaft Schritte zur Behebung der Arbeitslosigkeit gefordert. Verlangt wurde:

Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten, Vergebung öffentlicher Aufträge, Förderung geeigneter Privataufträge, Kürzung der Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden in der Woche, Unterbindung jeder spekulativen Preisbildung.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald mußte zugeben, daß in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Streitpunkt sei zur Zeit nur die Auswahl dieser Arbeitsmöglichkeiten und das Ausmaß der Arbeitsbeschaffung. Es gelte, so führte Stegerwald aus, den Schrumpfungspunkt in der deutschen Wirtschaft im Jahr 1932 wenigstens aufzuhalten und möglichst viel Arbeitslose von der Straße wegzubringen.

Im Laufe der letzten Wochen hat das Reichskabinett das durch Stegerwald angekündigte Arbeitsbeschaffungsprogramm und dessen Finanzierung beraten. Anknüpfend an die Gewerkschaftsvorschläge plant die Regierung die Auflegung einer steuerbegünstigten Prämienanleihe, deren Ertrag für die Finanzierung großer Arbeitsbeschaffungspläne dienen soll. Die Regierung glaubt, auf diesem Wege einige hundert Millionen Mark aufbringen zu können.

Der Deutsche Reichstag, der über die Durchführung dieser Vorschläge endgültig zu entscheiden hat, ist am 9. Mai zusammengetreten. Genosse Breitfeld stellte an die Spitze seiner großen Rede die Forderungen: Sanierung der Arbeitslosenunterstützung einschließlich der Aufwendungen in den Gemeinden; kein weiterer Abbau der Unterstützungsdauer; keine Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung. Genosse Peter Graßmann, der zweite Vorsitzende des Bundesvorstandes des ADGB, gab eine groß angelegte Darstellung der großen Not, in der sich weite Teile der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands befinden, und entwickelte dem Reichstag die Grundzüge des von den Gewerkschaften entworfenen Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Der Reichstag ist mit einer geringen Mehrheit der Anrechnung der Reichsregierung betreffend Auflegung einer steuerbegünstigten Prämienanleihe beigetreten. Dagegen haben gestimmt die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten.

Wie weit das Projekt Aussicht auf Verwirklichung hat, hängt davon ab, in welchem Ausmaß es gelingt, das Vertrauen des Spartapitals zu gewinnen. Aufgabe der Reichsregierung ist es nunmehr, den Geldgebern die Gewähr zu bieten, daß die Prämienanleihe eine Kapitalanlage ist.

Selbst dann, wenn diese Voraussetzungen hundertprozentig erfüllt werden, ist erst ein ganz kleiner Teil des Arbeitsbeschaffungsproblems gelöst, und es werden noch allerhand Schwierigkeiten zu überwinden sein, bis die gesamte Arbeitslosenfrage einen zufriedenstellenden Abschluß findet. Leider ist zu befürchten, daß die zuständigen Stellen noch immer nicht begreifen wollen, daß die zunehmende Not aus

der großen Arbeitslosigkeit nicht allein eine moralische und politische, sondern auch eine gesellschaftliche Gefahr bedeutet. Im „Berliner Tageblatt“ heißt es am Schluß einer eingehenden Behandlung des Problems der Arbeitsbeschaffung:

„Natürlich erfordert ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auch nur einige hunderttausend Erwerbslose wieder in die Wirtschaft eingliedert, ein gewisses Maß von Mut; mit Mangellichkeit und Bedenken allein ist nichts zustande zu bringen. Deshalb verdient auch der zweite Teil des Regierungsprogrammes, die Arbeitsstredung, grundsätzlich alle Unterstützung, obwohl er nicht genug dargetan wurde, daß dieses Verfahren nicht für alle Fälle wirksam und nützlich ist. Leider hat es den Anschein, als ob in den bisherigen Besprechungen im Arbeitsministerium noch manche Meinungsverschiedenheiten offen geblieben sind, die einer baldigen Entscheidung des Kabinetts entgegenstehen. Man wird auch hier schließlich mit einem kühnen Griff theoretische Einwände beiseite schieben und einen praktischen Versuch auf breiter Grundlage machen müssen, wenn der im Prinzip richtige Gedanke, durch Verfüzung der Arbeitszeit neue Arbeitsstellen frei zu machen, nicht im Streit der Ressorts und der Interessenten ersicken soll.“

Solange keine weiteren Einzelheiten über die Pläne des Kabinetts bekannt sind als bisher, muß das Urteil über ihre Tragweite und ihren möglichen Erfolg zurückhaltend sein. Immerhin scheint es jetzt an der Zeit zu sein, aus dem Stadium der Erwägung

gen und Diskussionen endlich zum Handeln zu schreiten. Der Ausgang der letzten politischen Wahlen war auch für den, der die radikalen Strömungen in Deutschland nicht ausschließlich als Ergebnis der Wirtschaftskrise betrachtet, ein überzeugender Beweis dafür, daß die moralischen Folgen der Massenarbeitslosigkeit für den Staat selbst gefährlich zu werden drohen.

Soweit es möglich ist, den Teil des Volkes, der noch in Arbeit steht, mit dem anderen, den ein grausames System um seine wirtschaftliche Existenz gebracht hat, durch staatliche Führung zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenzuschließen, kann sich keine Regierung der Aufgabe entziehen, alle materiellen und menschlichen Kräfte für Teillösungen zu mobilisieren. Daneben bleibt immer noch die große Aufgabe übrig, durch eine innere und äußere Politik, die in der Welt das Vertrauen zu Deutschland wieder befestigt, die eigentlichen Voraussetzungen für die Ueberwindung der Krise zu schaffen.“

Die Hoffnung, daß eine konjunkturelle Besserung der Wirtschaftslage zugleich eine Lösung der Arbeitsbeschaffungsfrage bringen könnte, ist außerordentlich gering. Deshalb fordern wir von der Reichsregierung, daß sie Schluß mit dem fetherigen, uninnigen Lohnabbau macht, der rein automatisch weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit im Gefolge hat. Ferner verlangen wir, daß an Stelle engherziger Erhebungen und Erwägungen endlich die betreibende Tat tritt in Form von großzügiger Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die Konzentration des Aktienkapitals.

In aller Stille vollzieht sich in der kapitalistischen Wirtschaft neben dem Geräusch der Konzernaufammenbrüche eine Betriebsumschichtung, die viel zu wenig beachtet wird. Dem Außenstehenden nach könnte man annehmen, daß jede Form der Kapitalkonzentration heute durch die gewaltige Erschütterung des Wirtschaftslebens unterbunden ist. Die steigende Zahl der Konkurse und die nicht minder zahlreichen Vergleichsverfahren demonstrieren mit nicht mißverständlicher Deutlichkeit den Grad des Krisenstandes. Aber das ist nur der täglich sichtbare Teil der Krise. Was sich hinter den Kulissen abspielt und gleichsam die Begleitmusik zu dem trampfahnen Bemühen der Kapitalisten abgibt, dem absterbenden Kapitalismus noch Leben einzublasen, wird nur in längeren Abständen sichtbar. Erst jetzt sehen wir wieder aus der amtlichen Aufstellung über die deutschen Aktiengesellschaften Ende 1931, daß die Konzentration des Aktienkapitals in der Krisenzeit bedeutende Fortschritte gemacht hat. Die Kapitalkonzentration bei den Aktiengesellschaften war 1931 stärker als in den Vorjahren. Der durchschnittliche Anteil einer Aktiengesellschaft an dem Gesamtkapital aller deutschen Aktiengesellschaften ist 1931 gegenüber den Vorjahren beträchtlich gestiegen. Darin liegt die in aller Stille sich vollziehende Umschichtung des Kapitals, daß auf der einen Seite die Zahl der Aktiengesellschaften immer mehr zurückgeht, während auf der anderen Seite das Kapital dieser Gesellschaften immer mehr steigt. Das führt zu der Vormachtstellung, die eine Reihe großer Gesellschaften heute im Wirtschaftsleben besitzt, woran auch die Krise bisher wenig geändert hat.

Gewiß hatten wir bis 1925 eine Blütezeit für die Gründung von Aktiengesellschaften. Die Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus der Erde, fast täglich entstanden neue. Dann kam die sogenannte „Reinigungskrise“, die auch jetzt noch nicht vorüber ist.

Von 1927 bis 1931 verringerte sich die Zahl der Aktiengesellschaften um rund 1500, was bei einem Bestand von rund 12 000 Aktiengesellschaften im Jahre 1927 eine nicht unbedeutliche Ziffer ist. Opfer der Reinigungskrise sind einzig und allein die kleinen Aktiengesellschaften geworden, während sich die mittleren und großen Gesellschaften vermehrt haben. Die Auslese ist in der von Marx festgestellten Richtung erfolgt, daß die Großbetriebe die kleinen erdrücken.

Auf der anderen Seite steigt gleichzeitig das Kapital. Das deutsche Aktienkapital ist von 1927 bis 1931 um rund 3,1 Milliarden Mark gestiegen. Diese Kapitalerhöhung verklärte die Wirtschaftsmacht der großen Aktiengesellschaften und schwächte die kleinen in ihrer Konkurrenzfähigkeit. Will man heute Abwägungen treffen, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß durch die Konzentration des Aktienkapitals in einer geringen Zahl großer Gesellschaften die Wirtschaftsmacht sich immer mehr nach der kapitalträchtigen Seite hin verschiebt. Der Besitz eines großen Aktienpatets wird damit gleichbedeutend mit der Vertörperung einer beherrschenden Wirtschaftsmacht. Das ist bei der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Laufe der Zeit auch immer deutlicher in Erscheinung getreten.

Nach den amtlichen Ausweisen gab es in Deutschland Ende 1931 10 437 Aktiengesellschaften mit einem Gesamtkapital von 24,6 Milliarden Mark. Ende 1927 wurden 11 966 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 21,5 Milliarden Mark gezählt. Das Durchschnittskapital je Gesellschaft erhöhte sich von 1,8 Millionen Mark 1927 auf 2,4 Millionen Mark 1931. Im Jahre 1925 entfiel auf eine Gesellschaft ein Durchschnittskapital von 1,5 Millionen Mark. Daraus geht deutlich die Konzentration des Aktienkapitals hervor, denn gegenüber 1925 erhöhte sich das Durchschnittskapital um rund 60 Proz. Die

Kapitalvermehrung kommt einzig und allein den großen Gesellschaften zugute, die auch zahlenmäßig nicht unweitlich gestiegen sind. Die kleinen Aktiengesellschaften mit einem Kapital bis 500 000 Mark gingen von 1927 bis 1931 von 7 408 auf 6060 zurück, die mittleren Gesellschaften verringerten sich von 3 860 auf 3 007, während die großen Gesellschaften mit über 5 Millionen Mark Aktienkapital von 698 auf 779 stiegen. Das Kapital verringerte sich bei den kleinen Gesellschaften von 987 auf 881 Millionen Mark, bei den mittleren ging es von 5,8 auf 5,4 Milliarden Mark zurück, bei den großen Gesellschaften stieg es dagegen von 14,8 auf 18,4 Milliarden Mark. 71 Gesellschaften hatten ein Aktienkapital von über 50 Millionen Mark.

Diese Ziffern lassen über die Entwicklung der Kapitalkonzentration bei den Aktiengesellschaften keinen Zweifel aufkommen. Es zeigt sich daran, daß die kleinen Gesellschaften den mit der Krise verbundenen wirtschaftlichen Erschütterungen nicht gewachsen sind. Sie brachen zusammen oder sie versuchten, diesem Schicksal durch Kapitalerhöhungen zu entgehen. Bei allen Erschütterungen, denen auch die großen Gesellschaften ausgesetzt sind, sind sie doch die Gewinner aus dem allgemeinen Wirtschaftsnot. Daß auch sie bei schlechter Wirtschaftsleistung mit in den Strudel der Zusammenbrüche hineingerissen werden, zeigt der Fall „Nordwolke“. Es ist auf jeden Fall immer nur ein mißlungener Versuch der Unternehmer, ihre schlechte Wirtschaftsführung damit entschuldigen zu wollen, daß die Löhne und sozialen Abgaben zu „hoch“ sind. Heute glaubt ihnen das außer den Hitler-Anhängern kein Mensch mehr.

E. N.

Vorsicht bei Arbeitsannahme im Ausland.

Wiederholt berichten wir, daß Offenbacher Bedarfsfirmen die Produktion in England aufgenommen haben, um auf diese Weise dem englischen Schutzzoll aus dem Wege zu gehen. Kaum sind die Betriebe mit Hilfe deutscher Facharbeiter in Gang gebracht und schon kommen die ersten Klagen gegen Fabrikanten. Das „Offenbacher Abendblatt“ berichtet über einen Fall, in dem ein deutscher Kollege das deutsche Arbeitsrecht anrufen wollte, um sich gegen seinen bisherigen Arbeitgeber zu wehren. Die Offenbacher Firma Willy Spielmann hatte am 20. Januar 1932 mit dem Kolleger einen Vertrag abgeschlossen, wonach derselbe gegen einen Wochenlohn von 100 Mk. nach London engagiert worden war. In England angekommen, nahm man dem Kolleger zunächst den Vertrag ab und zahlte als erste Wochenrate 2 englische Pfund (30 deutsche Mark) und auf Einpruch später 3 englische Pfund (45 deutsche Mark). Da die Kaufkraft des englischen Pfundes gesunken ist, konnte der verheiratete Kollege bei dieser Bezahlung seiner Familie keine Unterstützung zukommen lassen und klagte gegen die Firma auf Erfüllung des abgeschlossenen Vertrages.

Die Beklagte lehnte die Bezahlung nach dem Vertrag ab. Es handelte sich nur um eine Verdienstüberhöhung, um dem Kläger die Einreise nach England zu ermöglichen. Da die Vorschrift bestünde, jeder Einreisende müsse den Nachweis erbringen, daß er seinen Unterhalt habe bzw. verdiene. Auffällig bleibt dabei, daß die Beklagte dem Kläger sofort nach der Ankunft in London den Vertrag abgenommen hat unter dem Vorwand, ihn der Behörde vorlegen zu müssen und ihn dann sofort vernichtete. Auffällig bleibt weiter, daß eine Firma, die in Deutschland noch 7 englische Pfund als in London erforderlichen Verdienst anbot, versucht, denselben Arbeiter nach seiner Ueberführung mit 2 bis 3 Pfund abzulassen. Es soll Beweiserhebung darüber angestellt werden, ob der strittige Vertrag als Arbeitsvertrag anzusehen ist oder ob er nur ein Scheinabkommen darstellt. Zu diesem Zweck sollen Kläger und Beklagte in der deutschen Botschaft in London gehört werden.

Wir ersuchen alle Kollegen, beim Abschluß von Auslandsverträgen doppelt vorsichtig zu sein und sich in jedem einzelnen Fall vorher bei der zuständigen Verwaltungsstelle Rat einzuholen.

Die Schrumpfung der Sozialversicherung 1931.

Das Krisenjahr 1931 wurde für die Sozialversicherung gekennzeichnet durch ein starkes Sinken der Ausgaben und ein noch stärkeres Sinken der Einnahmen. Das Defizit wurde gedeckt aus dem Vermögen, so daß das Jahr 1931 bereits eine Vermögensaufzehrung zeigt. Die fehlenden Beträge mußten aus der Substanz genommen werden.

Die Gesamtausgaben der deutschen Sozialversicherung beliefen sich im Jahre 1931 auf etwa 5,6 Milliarden Mark gegen 6,2 Milliarden Mark im Vorjahr, d. h. um 10 Proz. weniger. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, weil sich in wichtigen Zweigen der Sozialversicherung, nämlich in der Invaliden- und Angestelltenversicherung, die Ausgaben trotz Leistungsabbaus infolge der Zunahme der Zahl der Rentenempfänger erheblich erhöhten. Nur in der knappschaftlichen Pensionsversicherung gingen die Ausgaben infolge des starken Rentenabbaus trotz starker Zunahme der Rentenempfänger zurück. Daß die Gesamtausgaben der deutschen Sozialversicherung trotz erhöhter Ausgaben in der Invaliden- und Angestelltenversicherung um 10 Proz. zurückgingen, dafür ist der starke Ausgabenabbau in anderen Zweigen der Sozialversicherung verantwortlich. Der große Leistungsabbau der Krankenversicherung führte dort zu Einsparungen in Höhe von fast 400 Millionen Mark. Die Inanspruchnahme der Krankenkassen war in diesem Jahr niedriger als in irgendeinem Jahr seit 1923, teils wegen der Belastung der Versicherten mit der Gebühr für Krankenschein und Arzneimittel, teils deshalb, weil die be-

schäftigten Versicherten aus Angst vor Entlassung sich nur im äußersten Falle krank schreiben ließen.

Die Gesamteinnahmen der Sozialversicherung gingen, wie erwähnt, noch mehr als die Ausgaben zurück. Sie sanken von etwa 6,5 Milliarden Mark im Jahre 1930 auf 5,6 Milliarden Mark 1931, also um 13,1 Proz. Die Beitragseinnahmen gingen um fast eine halbe Milliarde in die Reichszugriffe und -beiträge um fast 400 Millionen Mark zurück. Der Rückgang der Beitragseinnahmen ist die Folge der Arbeitslosigkeit und der Lohnsenkungen. Bei der Krankenversicherung kommt außerdem die Herabsetzung der Beitragsätze hinzu. Die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung sind 1931 allerdings weniger stark gesunken als die anderer Versicherungszweige, da die 1930 vorgenommenen Beitragserhöhungen sich erst 1931 voll auswirkten. Die Schrumpfung der Einnahmen hatte zur Folge, daß die laufenden Einnahmen — mit Ausnahme der Angestellten- und Arbeitslosenversicherung — in sämtlichen Versicherungen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichten.

Deshalb mußte der Vermögensbestand der Versicherungen angefaßt werden. Am Ende des Jahres 1931 war das Vermögen der Krankenversicherung um 56 Millionen Mark geringer als Ende 1930. Das Vermögen der Unfallversicherung ging um 45 Millionen Mark, das der Invalidenversicherung um 197 Millionen Mark, das Vermögen der knappschaftlichen Pensionsversicherung um 25 Millionen Mark zurück. Dem steht ein Vermögenszuwachs der Angestelltenversicherung in Höhe von 260 Millionen Mark gegenüber. Der Vermögensbestand der gesamten deutschen Sozialversicherung zeigt 1931 gegenüber 1930 eine Abnahme von rund 63 Millionen Mark. Er betrug Ende 1930 4679 Millionen Mark, Ende 1931 4616 Millionen Mark.

Die obenstehenden Zahlen wurden der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik“ (2. Aprilheft, 1932) entnommen.

Rückgang des Geburtenüberschusses in Deutschland.

Der Geburtenüberschuß des Deutschen Reiches war im Jahre 1931 infolge des starken Rückgangs der Lebendgeborenenzahl und des gleichzeitigen Anstiegs der Zahl der Sterbefälle um 111 000 kleiner als im Vorjahr. Er betrug nur noch 308 525 oder 4,7 auf 1000 der mittleren Bevölkerung gegenüber 416 600 oder 6,5 auf 1000 im Jahre 1930. Seht man von dem Geburtenüberschuß die nachgewiesene überseeische Auswanderung ab, die im Jahre 1931 nur noch 13 432 betrug, so ergibt sich eine rechnungsmäßige Bevölkerungszunahme von 292 093. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches (ohne Saargebiet) bezifferte sich demnach am 31. Dezember 1931 auf 64 776 000 gegenüber 64 484 000 am Anfang des Jahres. Mit Einschluß des Saargebietes zählte das Deutsche Reich Ende 1931 rund 65 580 000 Einwohner.

Zum Tode von Albert Thomas.

Im Jahre 1922, zu einer Zeit, als sich jene Millionen von Augenblicksmenschen zu den Gewerkschaften gefunden hatten, die die „gute Konjunktur“ ausnützen und in leichter Weise an der Erfüllung der internationalen durch den Friedensvertrag und national durch revolutionärsinnliche Staatsmänner gemachten Versprechungen teilhaftig werden wollten, hielt Albert Thomas auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress in Rom als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes seine erste große Rede im Kreise jener, aus deren Mitte er heroorgegangen war. Er hatte sich auch zum erstenmal gegen jene Vorwürfe zu verteidigen, die ihm seither nie erlitten geblieben sind und gleichzeitig als ein Beweis für die Schwere seines undankbaren Amtes und — im besten Sinne des Wortes — für das außerordentliche Geschick betrachtet werden können, mit dem er es bekleidete. Von seiten der damals vielleicht allzu optimistischen Arbeiter wurde ihm das langsame Tempo bei der Einholung der von der Friedenskonferenz leicht versprochenen Ernte vorgeworfen und geflagt, daß er sich zu sehr von rentierten Arbeitgebervertretern und Regierungen zurückhalten lasse; die Unternehmer aber ließen sich unter dem Vorwand, daß das I.A.A. unter der Leitung des „ehemaligen Gewerkschafters Thomas“ zu einer „Biliale des Internationalen Gewerkschaftsbundes“ werde, zu den heiligsten Drogen verleiteten.

Schon bei dieser Gelegenheit zeigten sich mit aller Schärfe jene Fähigkeiten, die den Tod von Thomas zu einem äußerst schweren Verlust für die ganze Gewerkschaftsbewegung machen. Es sprach ein Mensch, der trotz Vorwürfen von links und rechts jene unerfütterliche Begeisterung für sein Amt und für seine Sache aufbrachte, die sich auch unter den ungünstigsten und undankbarsten Verhältnissen zu erhalten weiß, jene glückliche Mischung geistiger Entflammbarkeit und sachlichen Willens, die aus der lateinischen Vernunftphilosophie und aus jenem

französischen Temperament geboren sind, die die französische Revolution gemacht haben und in Menschen wie Jaurès einen Höhepunkt erreichten. Dazu kam die für einen internationalen Posten so wichtigen Sprachkenntnisse die Tatsache, daß Thomas in Deutschland studiert hat und die deutschen Verhältnisse genau kannte. Dieser glücklichen Verbindung ist es wahrscheinlich in hohem Maße zuzuschreiben, daß Thomas der erste Sachverständige war, der mit seinem von der Arbeitskonferenz zuerst mit großer Zurückhaltung aufgenommenen Plan der internationalen Arbeitsbeschaffung einer positiven Belämpfung der Krise und Arbeitslosigkeit den Weg bereitete.

Interessant ist, daß Thomas, trotzdem er damals in der optimistischen ersten Nachkriegszeit schönste Worte der Hingabe und des Eifers für sein Werk fand, gerade in Rom alle jene Schwierigkeiten vorausahndete und die Arbeiterkraft in ernsten Worten vor all jenen Schwierigkeiten warnte, die sich später leider so prompt einstellten. Er wandte sich mit folgenden Worten an den Internationalen Gewerkschaftskongress: „Es ist nicht nur möglich, daß wir in unseren Betreibungen ersten technischen Schwierigkeiten sowie Schwierigkeiten der Sitten und Traditionen sowie der besonderen Lebensverhältnisse begegnen werden, sondern es besteht auch die Möglichkeit, daß sich schwere reaktionäre Gegenströmungen einstellen. Es ist möglich, daß die Regierungen auf Grund ihrer souveränen Rechte Konvention um Konvention, Artikel um Artikel zu ratifizieren verweigern.“

Thomas ist in einem Augenblick gestorben, wo die Gegnerschaft des reaktionären Unternehmertums und gewisser Regierungen gegen das I.A.A. so groß geworden ist, daß wir mitten in einem auf's Ganze gehenden Verteidigungskampf stehen.

Darüber hinaus treten zur Zeit politische Probleme in den Vordergrund, deren Lösung für die ganze Welt von größter Bedeutung ist.

Wenn die Internationale Arbeitskonferenz diesen Jahres erkannt hat, daß zur Zeit Handlungen nötig sind, die alle höchsten Instanzen zu grundlegenden Beschlüssen an den gleichen Tisch bringen müssen, wenn sie eine Resolution annehmen, die darauf hingzielt, daß in der Konferenz zu Lausanne die drei Gruppen der internationalen Organisation der Arbeit, das heißt Arbeiter, Unternehmer und Regierungen, direkt vertreten sind, so ist dies vor allem auch ein Verdienst von Thomas. Daß seine Persönlichkeit bei diesen Besprechungen fehlen wird, bedeutet größten Verlust an Kraft und Argumenten zugunsten einer Befriedung der Welt, ohne die die Welt binnen kurzem einer Katastrophe ausreißt.

Wie sehr die ganze Entwicklung in eine entscheidungsschwere Phase getreten ist, hat Thomas mit außergewöhnlicher Schärfe gerade auf der letzten internationalen Arbeitskonferenz zum Ausdruck gebracht, und er hat dabei einen ganz besonders wichtigen Appell an die ganze internationale Arbeiterschaft gerichtet, die durch ihre Willensbetätigung gerade jetzt den höchsten Druck auf die Regierungen und die öffentliche Meinung ausüben muß. Thomas war zu diesem Appell wie nicht bei einem anderen berechtigt, denn was in seiner Kraft stand, hat er getan. Aus seinen Worten sprach jene Leidenschaft, jene Begegnung und gleichzeitig jene unselftliche Liebe für die gemeinsame Sache, die ihn schon auf dem besagten Kongress in Rom Worte an die Arbeiterschaft richten ließ, die heute mehr als je gelten und die für die Arbeiterschaft gerade bei seinem Tode eine ernste Mahnung bedeuten müssen: „Wir können nur, was ihr könnt! Wenn ihr uns Demokratie vorwerft, so zeigt ihr euch selber der Demokratie!“

Die Pläne der Hitler-Partei in den Betrieben.

„Wir (Nazis) dürfen in der Politik kein Mittel scheuen.“

Betr. Vertrauliche Richtlinien zur Durchführung unseres Kampfes im Entscheidungsjahr 1932 gegen Betriebsmarxismus.

Reichsleitung der NSDAP.
Reichsbetriebs-Zellen-Abt. der Org.-Abt. 1, München, Karstr. 14.

Einleitung.

Es ist wiederholt in Rundschreiben sowohl als auch in Führerbefehlen betont worden, daß die NSD. (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) keine Gewerkschaft ist, auch nicht der Vorläufer einer solchen. Die NSD. ist nichts weiter als die besondere spezifische Waffe zur Eroberung der Betriebe durch Niederrückung des Betriebsmarxismus. Nationalsozialisten schließen sich nur zu dem Zweck in der NSD. auf, um Idee und Weltanschauung in die Betriebe zu tragen. Als Gewerkschaft ist die NSD. schon durch die Feststellung des Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt. Es kann also auch logischerweise keine Arbeitsgerichtsvertretung durch die NSD. stattfinden. Ebenfalls können bei Streiks keine Unterstufungen gezahlt werden. Allerdings kommen ja Streikfälle wenig oder fast gar nicht in Betracht. Bedenken dieserhalb sind bei den Herren Pgs.-Arbeitgebern zu zerstreuen.

Verbeaktionen im Jahre 1932.

Es muß jedem einzelnen Pg., der im Betrieb beschäftigt ist, zur unumgänglichen Pflicht gemacht werden, der NSD. anzugehören. Pgs., die im Betrieb noch keine Zelle haben, müssen verlocken, unter allen Umständen eine solche zu schaffen. Sollten sich Pgs. aus undurchsichtigen Gründen weigern, einer solchen beizutreten oder dieselbe zu organisieren, so ist dem betreffenden Pg. mitzuteilen, daß Antrag auf Ausschluß beim Ustla. des Gau's, gemäß § 4 Absatz 1b, gestellt werden kann, wenn er weiter auf seiner Weigerung beharren sollte.

Von den einzelnen Gau-Pgl. (Bezirksleitungen) und Ustl. (Unterbezirksleitungen) muß eine Betriebsversammlung organisiert werden, und zwar so, daß eine die andere ablöst. Als Redner kommen nur solche Pgs. in Frage, die sich besonders für Arbeiterveranstaltungen eignen und die Psyche des Arbeiters genau kennen.

Ist eine Betriebszelle aus eigener Kraft heraus möglich, eine Betriebsversammlung einzuberufen, so braucht hiervon die Ortsgruppenleitung lediglich nur verständigt und herangezogen werden. Sonst müssen sämtliche Ortsgruppen, in Verbindung mit der NSD., die Betriebsveranstaltungen organisieren. Die Betriebe müssen vor allen Dingen ständig mit Flugblättern, Broschüren und Zeitungen bearbeitet werden.

Werden eigene Betriebszeitungen herausgegeben, so sind in den Illustrationen und im Text die Herren Arbeitgeber und leitenden Beamten (außer es seien Juden) nach größter Möglichkeit nicht zu kritisieren. Ist es unumgänglich notwendig, dann in maßvoller Form.

In Betriebszeitungen ist vor allem aufs schärfste das heutige System anzugreifen, sowie die arbeiterverräterische Politik der Gewerkschafts- und SPD.-Bonzen. Gerade das letztere leuchtet dem Arbeiter am besten ein. So zum Beispiel Lebensweise und Gehalt der Bonzen (insbesondere die des Privatlebens derselben zu beobachten, ihr Werdegang usw.). Hier muß vor allen Dingen verstanden werden, die soziale Lage des Arbeiters der der Bonzen gegenüberzustellen und deren einseitiger Verfall. Wir dürfen in der Politik kein Mittel scheuen, und gerade die Bekämpfung persönlichen Neids und Minderwertigkeitsgefühle beim Arbeiter führen oft später zur Reife politischer Erkenntnis. Ist es bei zu großer Interessiertheit der Betriebsbelegschaft nicht anders möglich, so muß das Propagandamaterial eine Zeitlang totenlos in die Betriebe geworfen werden.

Tätigkeit und besondere Aufgaben der NSD.-Betriebsräte.

Die NSD.-Betriebsräte sind in ganz besonderem Sinne Antimarxisten. Jeder nationalsozialistische Betriebsrat ist ein vorgegebener Posten in den vorberichten feindlichen Linien.

Der NSD.-Betriebsrat ist in erster und letzter Linie nur der Partei und Bewegung verantwortlich. Die Anordnungen des Führers und der Partei sind allein für ihn maßgebend. Das Betriebsrätegesetz ist nur eine Frage der Taktik für denselben. Die oberste Aufgabe des Nationalsozialisten im Betrieb ist der Kampf für unsere Bewegung und die Vernichtung des Feindes.

Die akute Gefahr droht nun weniger von Seiten der KPD. und SPD., als von Seiten der von den Sozialdemokraten geführten Gewerkschaften. Hier hat der Kampf einzusetzen. Daß dieser Kampf nur mit besonderen Mitteln geführt werden kann, liegt, auf Grund unserer zahlenmäßigen Schwäche in den Betrieben, auf der Hand. Vor allen Dingen muß

deshalb versucht werden, diese zahlenmäßige Schwäche zu heben. Dieses geschieht am besten mit den der NSD. angeschlossenen Erwerbslosenzellen; die nationalsozialistischen Betriebsräte müssen es verstehen, erwerbslose Pgs. in die Betriebe zu bringen. Um dieses zu erreichen, ist es notwendig, daß der Betriebsrat mit den einzelnen Zellenmitgliedern immer enge Fühlung behält. Nur so kann immer auf schnellstem Wege festgestellt werden, wo ein Arbeitsplatz frei wird oder ein solcher frei gemacht werden könnte.

Jeder Nationalsozialist ist ferner verpflichtet, im Betrieb jeden Marxisten-Funktionär, gleichgültig welcher Schattierung, mit genauer Adresse festzustellen. Wenn irgend möglich, muß versucht werden, von jedem dieser Leute eine Photographie zu beschaffen. Das gesamte Adressenmaterial, Photos usw. sind über den Gau an den „Sonderdienst“ weiterzuleiten (Abteilung 1 WB, 11 München). Die Hauptsache ist schon, wenn nur gemipft ist; das übrige erledigt dann die technische Abteilung. Ist der Arbeitgeber Pg., so steht demselben das Recht zu, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden. Auf diese Weise ist es möglich, daß die einzelnen Betriebe nach und nach von all den schädlichen Elementen gefä-

HIB-HIP-HAB!



HIB-Hinein in die Betriebe!



HIP-Hinein ins Portemonnaie!



HAB-Hinaus aus den Betrieben!

bert werden und eine große Anzahl unserer Pgs. in den Betrieben Arbeit finden wird. Auch dürfte solches Adressenmaterial nach unserer Nachtergreifung von großer Bedeutung sein, um mit den Feinden des deutschen Volkes ein für allemal aufzuräumen. Daß die Beschaffung dieses Materials natürlich äußerster Vorzicht bedarf, braucht nicht näher erörtert zu werden.

Wichtig ist noch, die Herren Pgs.-Arbeitgeber darauf hinzuweisen, daß bei eventuellen Lohnsenktungsaktionen eine nationalsozialistische Belegschaft der wirtschaftlichen Lage immer ein anderes Verständnis entgegenbringen würde, als eine marxistisch verhehle.

Schlussbemerkung.

Die Reichsleitung der NSD. hofft, daß die einzelnen Pgs. in Zukunft alle Kräfte daransetzen werden, obige Voraussetzungen zu erfüllen. Der Jude Marxhohn (Karl Marx) hat einmal von der Athletengestalt des deutschen Arbeiters gesprochen. Es wäre ein unvermeidlicher Fehler, wenn man die Richtigkeit dieses Ausspruches überleben würde.

Je früher wir es verstehen, diese Athletengestalt in den Dienst der Nation zu stellen, desto mehr wird es uns gelingen, die Macht im Staat zu ergreifen und diesem verfaulten System den Todesstoß zu versetzen.

Auch hat der Rapp-Bußch gezeigt, wie wichtig die Herrschaft über die Betriebe ist.

Hierin können wir nur von der KPD. lernen. Es dürfte uns auch viel leichter als der KPD. fallen, die Betriebe zu erobern auf Grund unserer starken finanziellen Kraft und unseres gut ausgebauten Propagandaapparats.

Also Pgs., auf in den Entscheidungskampf 1932. Laßt uns kämpfen und der Sieg ist unser!

Eine saubere Gesellschaft diese NSDAP.

Die Richtlinien zeigen die ganze innere Gemeinheit und Verlogenheit dieser Retter.

Arbeitgeber und Betriebsführer sollen nach größter Möglichkeit (außer es seien Juden) nicht kritisiert werden.

Das Privatleben der Gewerkschaftsangehörigen soll bespitzelt werden. Der Rat geht weiter dahin, keine Mittel zu scheuen (ein schäbiger Rest von Anstand hindert anscheinend den Verfasser der Richtlinien zu schreiben „Lüge und Verleumdung“), um persönlichen Neid und Minderwertigkeitsgefühle zu wecken.

Aufrechte Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre sollen bespitzelt und dem Arbeitgeber denunziert werden.

Am Ende dieses Machwerks bietet sich die Gesellschaft an als Mitthelfer bei Lohnsenktungsaktionen. Für unsere Kolleginnen und Kollegen kann es nur eine Antwort geben:

Engster Zusammenstoß aller, die ehrlich mit uns am gemeinsamen Ziel arbeiten wollen!

Kampf allen faschistischen Verrätern an der Gewerkschaftsbewegung!

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Berlin. In der am Dienstag, dem 10. Mai, tagenden allgemeinen Funktionärerversammlung der Berliner Ortsverwaltung referierte der Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Künstler über „Die politische Lage“. Er führte aus, daß es zunächst Aufgabe der „Eisernen Front“ und der ihr angeschlossenen Organisationen sein muß, weiter die höchste Alarmbereitschaft zu wahren. Denn die größte Gefahr für die Arbeiterschaft bildet nach wie vor der Faschismus, der nur ökonomisch überwunden werden kann.

Um so mehr müssen neben einem großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramm die sozialistischen Forderungen im Vordergrund stehen. Wenn aber dann die kommunistische Reichstagsfraktion gemeinsam mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen gegen das Schuldentilgungs- und Kreditsenkungsgezet, sowie gegen die Schaffung einer Goldprämienanleihe stimmen, so zeigt das wieder einmal, was von dem Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten gegen den Faschismus zu halten ist. Die Massen wollen Arbeit und Brot, von den „revolutionären“ Anträgen werden sie nicht laßt. Und gerade darin liegt die Rechtfertigung der Taktik der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften im Kampfe gegen den Faschismus.

Die Preußenwahl hat das eine gute zu verzeichnen, daß unter den vielen kleinen Splinterparteien ausgeräumt worden ist; wenn auch noch nicht restlos, aber doch immerhin so, daß wieder klare politische Fronten in Erscheinung treten. In Preußen allerdings haben die Kommunisten durch den Wahlausfall die entscheidende Verantwortung übernommen, was nun werden soll. Sie haben zu entscheiden, ob die Nazis Preußen in die Hände bekommen oder nicht?

Es steht jedenfalls viel auf dem Spiel und schwere Entscheidungen sind zu erwarten, die ihre Wirkungen auf außenpolitischem Gebiet nicht verfehlen werden. Die „Eiserne Front“ muß mehr denn je fester zusammenhalten, die Aufklärungsarbeit muß weiter getrieben werden, die Verständigungsarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gefördert werden, damit der Faschismus für immer erledigt wird.

In der Diskussion sprach nur ein oppositioneller Redner, denn der Genosse Künstler im Schlusswort mit dem „roten“ Stahlhelmschweid vom 9. August 1931, mit der ablehnenden Stellungnahme der kommunistischen Reichstagsfraktion zum Arbeitslosenversicherungsgesetz usw. keine Argumentation vollends zerpflückte. Reichhaltiger Beifall belohnte die Ausführungen des Genossen Künstler.

Im Geschäftsbericht für das erste Quartal 1932 betonte Kollege Rinkowski, daß fast alle Lohnabkommen zum 30. April 1932 gekündigt wurden. Der Preisabbau beträgt nur 6 1/2 Proz. gegenüber einem durchschnittlichen Lohnabbau von 12 Proz. Nur der Lohnstarif für die Tapezierer-Innung läuft einen Monat weiter, währenddessen der Mantelstarif vom Reichsverband und von der Innung gekündigt wurde.

Das Lohnabkommen für die Lederwarenbranche wurde zum 30. April gekündigt. Die Unternehmer verlangen einen Abbau von 98 auf 88 Pf., und für die Ausriistungsgewerkschaften einen Sonderlohn von 73 Pf. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis und wird am 11. Mai im Reichsarbeitsministerium verhandelt.

Der Lohnvertrag der Treibriemer wurde ebenfalls gekündigt, läuft aber zunächst stillschweigend weiter.

Für die Plan- und Zellbranche wurden Betriebsverträge abgeschlossen und beträgt der Lohn hier

Streiks und Lohnbewegungen.

Lebwarenbranche.

Bezirk Berlin. Am 11. Mai fanden im Reichs-arbeitsministerium Verhandlungen statt über eine Erneuerung der Löhne. Die Unternehmer hatten den Lohn gekündigt und beantragten die Festlegung auf 83 Pf. und für die Militärärztlingsbetriebe auf 73 Pf. Der Schlichter fällt einen verbindenden Schieds-spruch. Danach beträgt der Mindestlohn vom 7. Mai bis zum 31. Dezember 1932 88 Pf. Wenn die Reichs-industriefführer sich um 5 Punkte verändert, kann das Lohnabkommen mit monatlicher Frist vorzeitig gekündigt werden.

Tapezierer.

Mülldorf. Durch eine Vereinbarung wurden die Löhne bis zum 31. Oktober 1932 erneuert. Der Lohn beträgt für Polsterer 83 Pf., für Klubarbeiter 90 Pf. und für Lederarbeiter 98 Pf.

Landsberg a. d. W. Der Lohnsatz wurde ohne Änderung verlängert.

1,20 Mfl. bis 30. Juni 1932. Auch der Manteltarif wurde mit einigen Veränderungen neu abgeschlossen. Für die Handwerksattler besteht kein Mantel-tarif seit Sommer 1931, hier bestehen Streitfragen über den Geltungsbereich. Der Lohn wurde durch Schiedspruch auf 85 Pf. gekürzt, nachdem die Unter-nehmer 20 Proz. gefordert hatten.

Für die Autobranche wurde der Manteltarif gekündigt. Für den Lohn bestehen Betriebsstarke mit 1 Mfl.

Das Lohnabkommen der Linoleumleger wurde gekündigt, doch führten die Verhandlungen zu keinem Resultat.

Die Lokalfasse schießt ab mit einem Bestand von 85 544,90 Mfl. gegenüber 87 728,39 Mfl. vom 1. Jan. 1932. Der Mitgliederbestand beträgt 3189 Kollegen und 348 Kolleginnen. **Paul Steinführ.**

Der Gewerkschaftskampf um die Menschenwürde.

Wie sehr der Gewerkschaftskampf die Massen zu gesundem Selbstgefühl und zu Menschenwürde ge-führt hat, das ist deutlich an einem praktischen Bei-spiel zu erkennen, auf das die „Neue Erziehung“ hinweist. Es handelt sich um ein neues Kulturbe-dürfnis im Wohnen, das heute ganz anders als früher vorhanden ist.

In einer Arbeit über die Lage der Arbeiter in Pommern, die vor dem Kriege erschienen ist, wurde gesagt, es sei ein Phantom, dem Arbeiter eine Wohnung zu bieten, die Wohn- und Schlafraum getrennt enthalte. Die „Leute“ waren, wie es da hieß, „mit sehr wenigem zufrieden“. Die lange Gewöhnung, so hieß es da weiter, „hat sie so ge-nügsam gemacht, daß sie eine besondere Schlaf-kammer nicht als notwendig erachten.“

Praktisch liegen nun die Verhältnisse heute aller-dings auch noch so, daß Massen von Menschen eine würdige Wohnung nicht gegeben ist, besonders in ländlichen Bezirken. Aber die Menschen sind anders. Sie erkennen ein Recht auf Kultur. „Es ist heute nicht mehr so“, schreibt hierzu die „Neue Er-ziehung“ gelegentlich einer Behandlung der Wohn-verhältnisse, „daß der Arbeiter infolge der langen Gewöhnung mit solcher Wohnung zufrieden ist. Seine Organisationen haben hier schon Wandel geschaffen, indem sie ausföhrlich gewirkt und das Selbstgefühl geweckt haben.“

Damit birgt auch die gewerkschaftliche Presse in sich eine starke ethische Kraft. Und wenn die Ab-handlungen der Forschungsinstitute für internatio-nales Pressewesen jetzt „die erzieherische Sendung der Zeitung auf dem engeren ethischen Gebiete“ ver-missen, so kommt das nur für die kapitalistische Zeitung in Betracht. Die Gewerkschaftspresse dient seit Jahrzehnten bewußt dem ethischen Gedanken. Und für das, was sie erreicht hat, ist diese Fest-stellung der „Neuen Erziehung“ bezeichnend.

Achtzehnter Männerkursus in Tinz.

Die Heimvolkshochschule Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem achtzehnten Männerkursus ein. Die Lehr-fächer, die in diesem Kursus im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie und Kulturlehre, Staatstheorie und Staatsrecht, Ge-werkschaftswesen, Arbeitsrecht, Erziehungsfragen, Gynnasit. Aufnahme finden Bewerber im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volks-schulbildung genossen haben. Die Bewerber haben einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung ufm. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist

ein Aufsatz abzuliefern, über den von der Schul-leitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringer 150 Mfl., für die übrigen Reichsdeutschen 180 Mfl., für Ausländer 200 Mfl. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Ver-pflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten. Für Arbeits-lose ist eventuell Sonderregelung möglich. Auskunft und Prospekte durch die Schulleitung.

Der Kursus beginnt am 15. Januar 1933 und dauert bis 15. Juni 1933. Die Bewerbungen sind spätestens bis 15. Juli 1932 einzureichen. Die Ent-scheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Mitte November 1932.

Die Leitung der Heimvolkshochschule Tinz in Gera. **Winkler.**

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende April 1932.

Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist die Zahl der Arbeitslosen im Monat April um rund 294 000 auf 5 737 000 Ende des Monats zurückgegangen. Am 30. April 1931 wurden 4 469 474 Arbeitslose gezählt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung beträgt nunmehr 1 232 000 (im Vorjahr 1 887 993), in der Krisenfürsorge 1 675 000 (im Vorjahr 902 334) und in der Wohl-fahrtsfürsorge schätzungsweise 2 Millionen.

Die Arbeitslosigkeit im Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverband beträgt Ende April 61,7 Proz. gegen 62,1 Proz. Ende März d. J. Männliche Ar-beitslose wurden ermittelt 11 498 gleich 63,3 Proz., weibliche 1734 gleich 50,4 Proz. Insgesamt waren Ende April d. J. 13 232 Verbandsmitglieder arbeitslos. Rechnet man zu dieser Zahl die Kurzarbeiter, umgerechnet in Vollarbeiter, hinzu, so entfallen Ende April 1932 auf je 100 Verbandsmitglieder 34,3 Voll-arbeiter, denen 65,7 Vollerwerbslose gegenüber- stehen.

Auf die Gauen verteilen sich die Erwerbslosen und Kurzarbeiter wie folgt:

Gau	Erwerbslos betroffen	Dieselben bieten Mitglieder		Darauf waren arbeitslos		Prozent	Kultur- einrichtungen	Nicht be- trifft Mit- glieder	Mit- glieder
		m.	w.	m.	w.				
Ostgau . . .	40	4922	590	3353	331	3684	66,7	237	2
Nordgau . .	23	2223	186	1500	94	1594	66,2	239	3
Mittel- deutschl. d.	28	1321	226	829	74	903	58,4	99	3
Freistaat Sachsen	17	2475	452	1678	220	1896	64,9	114	1
Bayern . . .	12	1307	565	892	413	1305	69,7	91	1
Süd-Weitb.	23	4024	1097	2287	494	2781	54,3	147	1
Rheinland- Westfalen	22	1729	326	959	108	1067	52,2	88	1
Gesamtverh.	165	17999	3442	1448	1734	13231	61,7	1015	1161

Verkäuflich arbeiteten 2019 männliche und 538 weibliche, zusammen 2557 Verbandsmitglieder gleich 11,9 Proz. gegen 12,7 Proz. Ende März 1932.

Auf Hundert entfallen Ende:

	Männl.	Weibl.	Suf.	Per. Dez. 1931	März 1932	April 1932
1 bis 8 Std.	565	176	741	3,6	3,8	2,7
9 bis 16 Std.	468	115	583	5,7	2,9	3,2
17 bis 24 Std.	856	220	1076	10,7	6,9	5,7
25 u. mehr Std.	130	27	157	2,2	1,9	1,1
Insgesamt	2019	538	2557	22,2	15,5	12,7

Rundschau

Paul Doumer ermordet. Am 7. Mai wurde auf den Präsidenten der französischen Republik ein Attentat verübt. Doumer ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Urheber des Attentats ist der Russe Paul Gorgulow. Es wird angenommen, daß der Täter geistesgestört ist. Die Wahl des neuen Präsidenten durch die Nationalversammlung in Ver-sailles fand am Dienstag, dem 10. Mai, statt. Der Senatspräsident Albert Lebrun wurde im ersten Wahlgang mit 633 von insgesamt 826 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Republik Frankreich gewählt.

Betriebsbeschränkungen bei Bata. Wie im Hand-destiel der Tagespresse zu lesen ist, müssen auch die Bata-Werke in Zlin (Tschechoslowakei) zu Betriebs-einschränkungen schreiten, und zwar sollen zunächst etwa 3000 Arbeiter entlassen und zwei Werke in Zlin und ein auswärtiges Filialwerk gänzlich still-gelegt werden. Bata hat nach „Cesta Slova“ in Zlin 20 bis 25 Millionen Schuhe auf Lager, die einen Wert von nahezu einer Milliarde Kronen dar-stellen sollen, und die durch die Einfuhrzölle in den meisten Ländern nicht abgesetzt sind.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Kupfer- und Metallarbeiterverband. Auf dem in Magdeburg tagenden Verbandstag des Verbandes der Kupfer-schmiede wurde mit 19 Stimmen beschlossen, zum Deutschen Metallarbeiterverband überzutreten. Eine eingebrachte Entschließung, in der die Urabstimmung über die Verknüpfung gefordert wurde, erhielt nur 13 Stimmen. Die Uebertrittsbestimmungen fanden einstimmige Billigung.

Bücherchau

Der „Volkswort“, die anerkannt modernste und besouge-gehaltigste Wochenchrift für alle Radiobörer möchte auch im letzten Heft die erfolgreiche Linie. Neben dem großen Europa-programm, illustrierten Sendeeinführungen und kritischen Be-trachtungen wird beste Familienunterhaltung in reichbildenden und spannend geschriebenen Reportagen geboten. Da lesen wir, wie hinter den Kulissen des Rundfunks in mühevoller Arbeit die Stimme „mikrophonisch“ gemacht wird, und amerikanische Sensation vermittelt uns die Schilderung der Entführung des Lindbergh-Kindes. Der Werbe dient ein Aufsatz „Reinliche An-gelegenheiten“. Roman und Gedächtnis bilden den unterhalten-den Teil. Der sozialen Gestaltung der Rundfunkgebühren ist eine besondere Abhandlung gewidmet. Der Batafmeister gibt den Freunden der Radiotechnik wie immer wertvolle Hinweise. Trotz besser Ausgestaltung in Liebreiz kostet das 48 Seiten starke Heft im Einzelbezug 25 Pfennig, monatlich 90 Pfennig und 6 Pfennig Zustellgebühr. Der „Volkswort“ kann bei der Post, von der Buchhandlung oder beim Volkspunkt-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, bestellt werden.

Das Internationale deutsche Antiquariat (Ida), Lam-burg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, brachte in diesen Tagen einen Antiquariats-Katalog unter dem Titel „Sozialismus und Arbeiterbewegung“ heraus. Der über 200 Nummern umfassende Katalog bringt auf etwa 100 Seiten die wichtigsten sozialistische Literatur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Darunter be-finden sich seltene und wertvolle Schriften bedeutender Vertreter des Sozialismus. Außerdem sind die Geschichte des Kommunismus und Anarchismus in zwei Sonderabteilungen mit über 400 Werken vertreten. Der Katalog wird an Interessenten gegen Voreinsendung von 50 Pf. (in Marken) abgegeben.

Eine neue Werbebrämle wird in dem jetzt vorliegenden Mai-heft der Zeitschrift „Die Büchergabe“ angehängt. Diese neue Werbebrämle, „Die Verfallensliste“, ein Arbeiterroman aus Aufbruch von Alexander Perow, wird für die Werbung von zwei neuen Mitgliedern abgegeben. Mit ihren Werbeträgern hat die Büchergabe auch in der jehigen schweren Zeit erstran-dige Erfolge zu verzeichnen. Außer der Antikundigung dieses Buches enthält die Zeitschrift, die den Mitgliedern der Bücher-gabe jeden Monat kostenfrei zugeht, eine feinsinnige Erzählung von Martin Andersen Nexö und andere Novellen, und die Ab-bildungen sind in genoueter Weise mit Sorgfalt und künstlerischem Empfinden angeordnet.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Orts-verwaltungen)

Vom 16. Mai bis 22. Mai ist der 21. Wochen-beitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampf-kraft des Verbandes.

Verammlungskalender

Köln. Montag, den 23. Mai, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Vollerversammlung. Statuten-beratung und Aufstellung eines Kandidaten zum Verbandstag.

Adressenänderungen

Regensburg. Vorl.: Josef Sennebogen, Pflug-gasse 1; Kassl.: Josef Winkler, Rheinhausen, Steb-lung Nr. 30.

Kolberg. Kassl.: Karl Bagke, Roßmarkt 2.

Greifswald. Kassl.: Georg Hoffmann, Weißgerber-straße 11.

Wiesbaden. Kassl.: Karl Schneider, Georg-August-Straße 6 H I.

Sterbetafel

Berlin. Am 7. Mai starb nach über 30jähriger Mitgliedschaft unser Kollege, der Treib-riemer Otto Müller, im Alter von 63 Jahren.

Dresden. Am 28. April starb unser Mitglied, der Sattler Emil Hauser, Invalide, 73 Jahre alt, nach 27jähriger Mitgliedschaft.

Hamburg. Am 9. Mai starb unser Mitglied, der Tapezierer Gela Marlowich, im Alter von 61 Jahren.

Köln. Am 18. April starb unser Kollege, der Invalide Joh. Bömer, im Alter von 71 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!